

■ VHW-Verbandstag 2008

Handlungsfeld Engagementpolitik

Der VHW hat die Leitlinien seiner Verbandspolitik neu festgelegt und sich gleichzeitig umbenannt: zum *Bundesverband für Wohnen* [früher: Wohneigentum] und *Stadtentwicklung e. V.* Als Fachverband befasst er sich laut Satzungsänderung vor allem damit, „seine wissenschaftliche Tätigkeit und seine Bildungsförderung am Leitbild der Bürgergesellschaft auszurichten und durch die Transformation dieses Leitbildes das Wohnungswesen, den Städtebau, die Raumordnung und die Umwelt weiter zu entwickeln“.

Auf dem diesjährigen Verbandstag in Berlin (18. bis 19. September 2008) wurde eine thematische Neuorientierung in der Aufgabenstellung vertieft, wie sie auch in anderen Institutionen seit geraumer Zeit diskutiert und entwickelt wird: die Aktivierung von Bürgerinnen und Bürgern als Akteure in der Stadtentwicklung – nicht nur als klassische Bürgerbeteiligung begriffen, sondern als eine von der Bürgerschaft ausgehende Stadtentwicklungspolitik, die im Handlungsraum Stadt auf eine breite Basis gestellt werden soll.

Die Diskussion ermöglichte einen breiten Austausch über verschiedene (inter-)disziplinäre Ansätze – aus Politikwissenschaft, Recht, Soziologie und Immobilienwirtschaft, aber auch aus der Stadt- und Raumplanung. Hier einige Aussagen aus den Hauptreferaten:

- Anzeige -

Reinhart C. Bartholomäi, der VHW-Vorstandsvorsitzende, stellte das Thema „Engagementpolitik und Stadtentwicklung – Ein neues Handlungsfeld entsteht“ vor. Er unterstrich den im Verband langjährig geführten Diskussionsprozess im Vorfeld der nun vollzogenen Neuausrichtung. So hat der VHW Lebensstilfragen (etwa zum differenzierten Wohnverhalten und zu veränderten Anforderungen der Bevölkerungsgruppen an das Wohnen und an das Wohnumfeld) in die Immobilienwirtschaft eingebracht. Deutlich wurde in diesem Diskussionsprozess auch, dass das bisherige Rollenverständnis – Zuständigkeiten von Kommune, Wohnungswirtschaft und Infrastrukturtäger für den Stadtumbau – zu kurz greift. Der Bürger nimmt dabei nicht mehr nur eine Dienstleistung in Anspruch, sondern er konsumiert und produziert zugleich, ist also Akteur und Kunde. Aus den Betroffenen werden Beteiligte, was eine große Umwälzung für öffentliche Träger bedeutet: Ein Denken in Netzwerken und in größeren Maßstäben wird notwendig – und auch das Ignorieren von Fachbereichsgrenzen.

Dr. Gunnar F. Schuppert, der am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung eine Forschungsprofessur zu „Neuen Formen von Governance“ innehat, brachte die Veränderungen in der Rolle von Staatlichkeit auf die griffige Formel „Von Bismarck zur Benchmark“. Damit wird ein genereller Trend umschrieben: von einer Allzuständig-

keit des Staates als Obrigkeit über eine Phase des „schlanken Staates“ bis hin zu einer Koproduktion von Staatlichkeit durch eine Pluralität von Gemeinwohlakteuren. Dabei wird Staatlichkeit nicht als Zustand gesehen, sondern als ein herzustellendes Produkt. Hieran sei der Bürger zunehmend als Ko-Produzent beteiligt, weil der Wille immer stärker werde, an der Bestimmung des öffentlichen Interesses mitzuwirken. Ein neuer demokratischer Mehrwert bestehe in dem (Vertrauen bildenden) Gefühl, sich eingebracht zu haben.

Dr. Heinz Bude, Professor für Soziologie an der Universität Kassel und unter anderem Autor des Bandes *Die Ausgeschlossenen*, beschrieb die Mechanismen der sozialen Spaltung in klaren Worten: Die gesellschaftliche Mitte schmelze und werde poröser, es gebe keinen „basalen Integrationsoptimismus“ mehr, man könne in der heutigen Debatte nicht mehr von einer Randgruppenproblematik sprechen, sondern von einer zunehmenden Verbindung von Rand und Mitte. In einer Gesellschaft, in der nur noch bestimmte Grundleistungen gewährt werden können, in der aber die Aufrechterhaltung eines einmal erreichten Status nicht garantiert werden könne, seien die Elemente von Freiheit und Sicherheit umso wichtiger. Der Staat müsse die Bürger befähigen, dürfe sie aber nicht schutzlos lassen. Bude erinnerte in diesem Zusammenhang an ein Element aus der katholischen Soziallehre, das der Subsidiarität: Selbstverantwortung, aber auch Schutz und Unterstützung, wo es notwendig ist.

Dr. Klaus Selle, Professor für Planungstheorie an der RWTH Aachen, stellte gute Beispiele für zivilgesellschaftliches Engagement vor Ort vor, insbesondere solche aus Nordrhein-Westfalen (Aachen, Köln, Dortmund).

Die „Schnittstellen“ zwischen lokalem Engagement und kommunalem Handeln sollen auf der VHW-Herbsttagung im November 2008 in Hannover diskutiert werden. Weitere Informationen unter www.vhw-online.de

Dr. Petra Potz ist Dipl.-Ing. Raumplanung und Inhaberin des Planungsbüros location³ in Berlin.



STADT LAND grün

DAS NEUE HANDBUCH IST DA!

Klimaveränderung und demographischer Wandel, Bildungsnotstand und Debatten über soziale Gerechtigkeit – was unsere Gesellschaft bewegt, beschäftigt auch die Kommunalpolitik.

Wer im Kreistag, Stadt- oder Gemeinderat sitzt, muss sich in vielen Bereichen auskennen, von der Wirtschafts- und Finanz- bis zur Umwelt- und Kulturpolitik. Das Handbuch für alternative Kommunalpolitik führt in die einzelnen Themenfelder ein, zeigt die wichtigsten Probleme auf und weist auf Lösungswege sowie Gestaltungsspielräume hin.

Mit Beiträgen von Jutta Ebeling, Franziska Eichstädt-Bohlig, Manfred Busch, Hans-Josef Fell, Britta Haßelmann, Joachim Lorenz, Heiner Monheim, Michael Opielka, Wolfgang Pohl, Reiner Schiller-Dickhut, Elisabeth Schroedter, Bernd Wagner und anderen.

Bielefeld 2008, 320 Seiten

Ich bestelle ___ Exemplar(e) „STADT LAND grün“ zum Stückpreis von 16,80 € + Versandkosten

Lieferung an folgende Adresse:

Name/Vorname _____

Straße/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Kontoinhaber/in _____

Konto-Nr. _____ BLZ _____

Bank/Postleitzahl _____

Gewünschte Zahlungsweise bitte ankreuzen:

Einzugsermächtigung

Rechnung bei Lieferung erbeten

Scheck, Bargeld, Briefmarken liegen bei

Bestelladresse:

AKP, Luisenstr. 40, 33602 Bielefeld
Tel.: 05 21/17 75 17
Fax: 05 21/17 75 68
e-mail: akp@akp-redaktion.de
www.akp-redaktion.de

Datum _____

Unterschrift _____